

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag. Der Bezugspreis beträgt monatlich 1,20 M., wozu jährlich Beleggebühr. Die einzelne Nummer kostet 10 Pfennig.

# Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Briefetal-Bote...  
Briefenwerder, Bahnpostamt Nr. 5  
und von allen Postämtern an-  
genommen. Die monatliche Postgebühr  
betragt 28 Pfennig, die Reflektoren 1 Mark.

## Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder,  
hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehntz, Stolpe



für ehem. Hoffjagdrevier,  
Bergfelde, Frohnau, Schönfließ und Umgegend

Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ

Nr. 140      Fernsprecher Amt Birkenwerder 2005      Dienstag, den 4. September 1928      Postfachkonto: Berlin 62 448      27. Jahrg

### Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

Die Grundvermögens- und Hauszinssteuern für den Monat September sind bis zum 15. d. Mts. in der hiesigen Gemeindekasse zu zahlen.

Birkenwerder, den 3. September 1928.  
Der Gemeindevorsteher. J. A.: Rosenau, Gemeindefürsorge.

### Der Amtsvorsteher Schönfließ.

Ein kleiner brauner Hund als ausgelassen gemeidet.  
Bergfelde, den 3. September 1928.  
Der Amtsvorsteher. J. B.: Walpurgis.

### Was gibt es Neues?

— Reichszanzer Müller ist am Sonntag in Genf eingetroffen.  
— Der Sichtvermerkszwang für die Einreise deutscher Staatsangehöriger nach Italien wird mit dem 15. September aufgehoben.  
— Die albanische Nationalversammlung hat dem Antrag der Kommission auf sofortige Erhebung des Adm. Hoqs zugestimmt.  
— Einer Meldung aus Konstantinopel zufolge sollen Kemal Pascha zahlreiche Kundgebungen zugehen sein, die ihn bringend erfordern, die Türkei wieder in eine Monarchie umzuwandeln.  
— Der amerikanische Millionär Levine hat darauf verzichtet, den Londoner Flughafen Croydon als Startplatz für seinen beabsichtigten Ozeanflug zu benutzen, und ist mit seinem Zerstörerflugzeug nach Paris geflogen.  
— Durch eine Verfügung des Reichspostministeriums wird die Aufbrauchfrist für Briefumschläge und alle Briefsendungsumhüllungen, die der neuen, ab 1. Oktober gültigen Postordnung nicht entsprechen, bis zum 31. Dezember 1929 verlängert.  
— Ein Sanitätsrat Dr. Heinrich Weber aus Frankfurt am Main ist mit seinem Begleiter am Riffelort abgestürzt und tödlich verunfallt.

### Deutschlands Divisektion

Am 31. August hat die sogenannte „Schonzeit“, die man Deutschland im Dawesplan gewährte, ein Ende genommen, und mit dem 1. September hat das erste Normaljahr zu laufen angefangen. Das bedeutet, daß wir in dem soeben begonnenen fünften Dawesjahr den Betrag von 2 1/2 Milliarden an den Feindbund zahlen müssen, und die gleiche Summe ist auch in den folgenden Jahren zu zahlen, ohne daß bisher die Gesamtsumme und damit ein Endtermin für die Zahlung festgelegt wäre. Durch die Inflationszeit haben wir uns ja an große Zahlen gewöhnt, während uns früher eine Milliarde ein beinahe unfasslicher Begriff war. Frankreich hat nach dem Kriege von 1870 an Deutschland eine Gesamtentschädigung von 5 Milliarden Franken oder 4 Milliarden Mark gezahlt. Wir haben allein schon in der sogenannten Schonzeit 1/2 Milliarden Goldmark gezahlt, und wenn man berücksichtigt, was Deutschland schon vorher in Gold, Devisen, Kriegsgut, Schiffen, Bergwerken, ausländischen Guthaben usw. abgeliefert hat, so hat Deutschland bisher schon schätzungsweise 60 Milliarden entrichtet.

Die Sachverständigen, die seinerzeit den Dawesplan ausgearbeitet haben, sind bei der Festlegung der „Schonzeit“ von dem Gedanken ausgegangen, daß in dieser Zeit Deutschland seine durch den Krieg und die Inflation arg zerrüttete Industrie wieder aufbauen sollte, um dadurch in den Stand gesetzt zu werden, die ihm auferlegten ungeheuren Tribute zahlen zu können. Diese Rechnung war infolgedessen richtig, als es unsere Industrie in der Tat gelungen ist, in den verfloßenen vier Jahren durch rastlose Arbeit und planvolle Rationalisierung ihren früheren hohen Stand wieder zu erreichen. Wenn man sie nur nach ihren Leistungen beurteilt, steht unsere Industrie sicherlich hinter keiner anderen zurück; eine andere Frage aber ist es, ob ihre Einnahmen diesen Leistungen entsprechen, d. h. ob unsere Industrie in der Lage sein wird, die uns auferlegten Tribute herauszuwickeln. Die 1/2 Milliarden jährlicher Tribut bedeutet, daß von diesem Jahre ab jeder Deutsche vom ältesten bis zum neugeborenen Säugling mit 40 Mark jährlich belastet ist. Niemand kann sich dieser Tributzahlung entziehen. Wir zahlen sie in Form von Steuern, von erhöhten Warenpreisen und Fahrpreisen. Die soeben beschlossene Tarif-erhöhung der Reichsbahn hat es uns ja erst wieder deutlich vor Augen geführt, wie schwer die Dawesverpflichtungen uns belasten.

Verzählen können wir naturgemäß nur mit unserer Industrie. Es ist aber nicht möglich, die uns auferlegte Belastung einfach auf die Ausfuhrverbre drückaufzuschlagen. Dazu ist der industrielle Wettbewerb heute viel zu scharf. Man steht ohnehin die deutsche Ware im Ausland nicht gern. Jedes Land möchte sich heute am liebsten durch hohe Zollmauern abschließen, um dadurch die eigene Industrie in die Höhe zu bringen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Krieg die Industrialisierung einer Reihe von Ländern, die vor dem Krieg kaum eine Industrie besaßen, fast gefördert hat.

So findet sich in der Kalkulation der Sachverständigen doch ein großer Rechenfehler. Man hat die Erträge der wiederhergestellten deutschen Industrie viel zu optimistisch eingeschätzt. Wenn wir das herauswirtschaften sollen, was man von uns verlangt, so müßten wir die ganze Welt mit deutscher Ware überschwemmen. Damit würden sich aber unsere Gläubiger ins eigene Fleisch schneiden. Einsichtige Wirtschaftler des Auslandes haben auch schon längst eingesehen, daß der Dawesplan in dieser Form garnicht durchgeführt werden kann. Schon in der vierjährigen Schonzeit großen Auslandskrediten erfüllen. Solche Kredite mochten wir unsere Verpflichtungen nur mit Hilfe von ten angebracht sein, solange es sich um den Wiederaufbau unserer Wirtschaft, also um werbende Anlagen, handelte. Jetzt muß aber ein Ende damit gemacht werden, sonst freisen schließlich die Zinsen den größten Teil unserer Einnahmen auf.

Im letzten Jahre ist bekanntlich die Frage einer Revision des Dawesplanes vielfach erörtert worden. Der Reparationsagent Parer Silberth hat diese Debatte entfesselt, als er in seinem Bericht vom November 1917 für die endgültige Festlegung der deutschen Schuld eintrat. Von französischer Seite ist dann die Frage mit der interalliierten Studienfrage in Zusammenhang gebracht worden. Herausgenommen ist aber bei all diesen Erörterungen noch nichts, da sich die amerikanischen Finanzmänner betrachtet Deutschland offenbar mit den Blicken des Forschers, der an einem Versuchsaufbau die Divisektion vornimmt. Sie wollen die Dawes-Theorie in der Praxis erproben, und da erscheint ihnen das Normaljahr als ein höchst interessantes Experiment, das ihnen Antwort geben soll auf die Frage: Wie lange wird die deutsche Wirtschaft diese Blutentziehung aushalten?

### Reichszanzer Hermann Müller in Genf.

Was ihm Briand sagen wird.  
Reichszanzer Müller ist am Sonntag in Genf eingetroffen. In Baden-Baden hatte er seine Reise unterbrochen, um sich noch einmal mit Dr. Stresemann zu besprechen. Der deutsche Delegationsführer für die am Montag eröffnete Vollversammlung des Völkerbundes gehören nach einer amtlichen Mitteilung des Völkerbundssekretariats außer dem Reichszanzer an: Delegierte: Staatssekretär von Schubert und Ministerdirektor Gauß. Stellvertretende Delegierte: Graf Bernstorff und die Abgeordneten Dr. Breitfeld, Prälat Kaas, Baron Heinemann, Sachverständige: Staatssekretär von Simon, Reichssekretär Jeschke, Admiral Baron Freyberg, Völkerbundsreferent im Auswärtigen Amt Baron Weiskäfer, Oberst von Voettiger, Graf Schwerin, Generalsekretär der deutschen Delegation: Legationsrat Volkje.

Da inzwischen auch Briand in Genf eingetroffen ist, sind für die nächsten Tage wichtige politische Besprechungen zu erwarten. Briand wohnte noch am Sonntag dem französischen Ministerrat bei, der sich dem Vernehmen nach nochmals mit dem bevorstehenden Genfer Besprechungen beschäftigt hat. Die Pariser Presse will auch bereits ganz genau wissen, was Briand dem Reichszanzer voraussichtlich antworten werde. Der „Matin“ meint, nach dem Gedankenaustausch zwischen Stresemann und Poincaré wäre zur Räumungsfrage nichts Neues zu sagen. Es genüge ein Hinweis auf den Sachverhalt: „Wenn es sich um die vorzeitige Räumung der Koblenzer Zone handelt, die normalerweise im Januar 1930 erfolgen soll, erklären die Deutschen, daß dieses Zugeständnis für sie keine allzugroße Bedeutung hat. Wenn es sich um die Gesamträumung handelt, so bleibt die These der französischen Regierung, daß diese Räumung nur gegen einen Ausgleich erfolgen kann.“

Man hat zwei Arten von Ausgleich ins Auge gefaßt: nämlich erstens die Schaffung einer Sonderkontrolle über das entmilitarisierte Rheingebiet und zweitens die vorzeitige Räumung der Reparationen. Die erste Art begegnet in Deutschland wenig Gegenliebe. Was die zweite Art angeht, so wird man einwerfen, daß sie an eine umfassende Regelung gebunden ist, die nicht nur die Mobilisierung der Eisenbahn und Industrieobligationen, sondern auch die Begrenzung der Schuldannuitäten und vor allem eine Einigung mit den Vereinigten Staaten über die Kriegsschulden umfaßt. Im besten Falle dürften diese Verhandlungen vor einhellig bis zwei Jahren zu Ende gehen. In diesem Augenblick wird die zweite Zone schon geräumt sein und die Befestigung der dritten Zone normalerweise nur noch etwa vier Jahre dauern.

Der Genfer Berichterstatter des Blattes glaubt zu wissen, daß man den Deutschen bereits bedeutet habe, wie sie die öffentliche Meinung in den alliierten Ländern ohne jene ausgedehnte internationale Regelung abzuwarten, nämlich, indem sie sich ihres Kredites be-

zogen, um auf den Finanzmärkten ganz oder teilweise die in Frage stehenden Obligationen unterzubringen. Die Deutschen könnten nicht sagen, daß dies durchaus unmöglich sei, da sie bequem eine sehr große Anzahl von öffentlichen und privaten Anleihen während der letzten Jahre aufgenommen hätten. Man sehe nicht ein, wie Briand, der mit der von der französischen Regierung eingenommenen Haltung völlig übereinstimme, Reichszanzer Müller etwas anderes sagen könne.

### Ausweichende Antwort an Costarica.

Der Völkerbundsrat beschäftigte sich am Sonntag in öffentlicher Sitzung nur mit untergeordneten Fragen. Es folgten dann zwei Geheimnisse. In der ersten beschäftigte sich der Rat mit dem Antrag der ungarischen Regierung auf erneute Behandlung des ungarisch-rumänischen Distanzenstreites und sodann mit den Plänen über den Neubau des Völkerbundsgebäudes. In der zweiten Geheimnisung wurde die Antwortnote an Costarica bezüglich der Auslegung der Monroe-Doktrin weitergeführt. Dem Vernehmen nach soll die Antwort drei Gesichtspunkte enthalten:

1. Der Rat sei nicht in der Lage, die Monroe-Doktrin auszulassen, da dies den direkt interessierten Mächten überlassen bleiben müßte.
2. Die Tatsache, daß die Monroe-Doktrin in Artikel 21 des Völkerbundsstatutes erwähnt worden sei, bedeute keineswegs, daß diese Erwähnung eine besondere Ausdehnung oder Einschränkung ihrer Geltung gebe.
3. Der Rat weist auf den Antrag der Regierung von San Salvador während der Pariser Friedenskonferenz hin, auf der diese den Präsidenten Wilson um eine Auslegung der Monroe-Doktrin gebeten hatte. Der amerikanische Delegierte hatte damals in Versailles auf die Rede des Präsidenten Wilson auf der zweiten panamerikanischen Konferenz in Washington über die Bedeutung der Monroe-Doktrin hingewiesen.

In der Schlussfassung des Nationalitätentongresses wurde eine Entschleunigung angenommen, in der die lebhafteste Beteiligung an der Zusammenarbeit mit den verschiedenen internationalen Vereinigungen, insbesondere mit der Völkerbundsorganisation, und zugleich der Versuch einer erfolgreichen Fortsetzung dieser Arbeit sowie der Zusammenarbeit unter den einzelnen Minderheiten zum Ausdruck gebracht wird.



Der finnische Außenminister Hjalmar Procope, der bei der gegenwärtigen Ratssitzung in Genf den Vorsitz führt.

### Die Befestigung gefährdet den Frieden.

Unterredung des Reichszanzers mit amerikanischen Journalisten. — Deutschlands Anspruch auf Räumung.

Reichszanzer Müller erklärte gegenüber einem Vertreter der International News Service, daß das gesamte deutsche Volk in der Frage der Rheinlandräumung einig sei.

Deutschland könne nicht verstehen, warum fremde Truppen noch im Rheinland bleiben, nachdem Deutschland hinsichtlich der Reparationen und der Entwaffnung alle Beweise dafür gegeben habe, daß es gewillt sei, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Durch den Dawesplan sei die Reparationsfrage des politischen Charakters entkleidet worden. Kein Land habe für die internationale Sicherheit mehr getan als Deutschland. In diesem Zusammenhang erinnerte der Reichszanzer an alle Abmachungen von Locarno bis zum Kellogg-Pakt, den Deutschland ohne Vorbehalte angenommen habe. Deutschland sei auch weiterhin gewillt,